

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 28614

Erstein täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 4 Uhr für den folgenden Tag. Tagespreis bei Bestellungen monatlich 4.50 M., durch einen Abnehmer zugewandt in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 6.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.75 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postausfälle und Posthöfen sowie andere Nachteile und Beschädigungen nehmen jedoch Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Tagespreises.



Interkontinental 1 M. für die 6-gelbten Anzeigen oder deren Raum, Restanten, die 2-tägige Anzeigen 2.50 M. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Preisnachlässe. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeitungs- und Anzeigen-Verwaltung 3 M. Nachweisungs-Gebühr 30 Pf. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeitungs- und Anzeigen-Verwaltung 3 M. Nachweisungs-Gebühr 30 Pf. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeitungs- und Anzeigen-Verwaltung 3 M. Nachweisungs-Gebühr 30 Pf. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeitungs- und Anzeigen-Verwaltung 3 M. Nachweisungs-Gebühr 30 Pf.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Fortrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inzerenten: Arthur Zichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 175.

Freitag den 29. Juli 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Im Kommunalverband Meissen-Land kommen in der Woche vom 31. Juli bis 6. August auf sämtliche Nährmittelsorten, Abschnitt 15 **350 Gramm amerik. Weizenmehl, Pfundpreis 3,75 Mark** zur Verteilung. Meissen, am 27. Juli 1921. Nr. 294 11b F. Die Amtshauptmannschaft.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weiterzweigigen u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Aus Tagesbefehlen der polnischen Insurgentenarmee geht hervor, daß der vierte Aufstand unmittelbar bevorsteht.
- * Die Kommunisten haben bei den Wahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter eine Niederlage erlitten.
- * Bei der Zusammenkunft des Obersten Rates, die am 4. August in Paris beginnen soll, wird sich Lloyd George durch Curzon und Balfour vertreten lassen.
- * In Polen soll die allgemeine Dienstpflicht mit Hilfsdienstpflicht für Frauen eingeführt werden.
- * Aus Moskau wird gemeldet, daß infolge der großen Unruhen der Belagerungszustand über Moskau proklamiert worden ist.
- * Die in Kleinasien gegen die Griechen kämpfenden Kemalisten sollen die Absicht haben, Angora zu räumen.

Abrüstung und Staatskredit.

Am amerikanischen Kongress sind, das wird niemand bestreiten wollen, der seinen zuweilen ziemlich kranken Verhandlungen zu folgen gewohnt ist, neben vielen absonderlichen manamoral auch schon recht geschickte Ideen jutage gekommen. Jenen wie diesen ist freilich häufig das gleiche Schicksal beschieden gewesen: Sie sind langsam und langsam wieder in das Meer der Vergessenheit zurückgesunken. Jetzt wird aus Washington gemeldet, daß der Senator Vorah auf den Gedanken gekommen ist, vorzuschlagen, daß man den früher „affizierter“ gewesenen fremden Mächten, die bekanntlich während des Weltkrieges sehr tief in den amerikanischen Staatsschatz hineingegriffen haben, sich jetzt aber um Zinszahlung und Tilgung dieser Schulden recht wenig zu kümmern belieben, etwas kräftig auf die Füße treten möge. Insbesondere hat er es auf Frankreich abgesehen, das sich eine von vielen Amerikanern für unumgänglich hochgegriffene Truppenstärke auch für den Friedenszustand leistet, alle Abrüstungswünsche dagegen immer noch recht unwillig ablehnt. An Geld, sagt der Senator Vorah, fehlt es ihm offenbar nicht. Nur daß es für die Stärkung des Militärs zum Verwendungs findet, statt den Gläubigern der französischen Republik nach Pflichten und Schuldigkeit zugute zu kommen. Also entweder wird diese den Frieden bedrohende Geld- und Militärwirtschaft abgebaut, und damit zur Verwirklichung des Abrüstungsgedankens des Präsidenten Harding die Hand geboten, oder wir werden, sagt der amerikanische Senator, unsere Zinsen und Zinsforderungen rüchschloslos einzuziehen. Wir wollen doch einmal sehen, ob Frankreich, vor eine solche Entscheidung gestellt, sich nicht endlich eines besseren besinnen wird.

Ein ganz geschickter Gedanke, ohne Frage. Nur kann niemand wissen, ob der Kongress geneigt sein wird, ihm näherzutreten. Von allen öffentlichen Stellen der Vereinigten Staaten ist die herzlichste Freundschaft mit Frankreich gerade in den letzten Zeiten wiederum so gesonnen zur Schau getragen worden, daß man, wie wir vermuten, mühen, in Paris den Vorabsicht Wink mit dem Zaunpfahl kaum sonderlich ernst nehmen wird. Als Stimmungszeichen verdient er allenfalls Beachtung. Und soviel muß ja immerhin wohl unter allen Umständen als möglich gelten, daß, wenn die internationale Lage morgen oder übermorgen etwa wieder einmal ein neues Gesicht zeigen sollte, auch die offizielle Politik der Union genötigt sein könnte, Frankreich gegenüber eine andere Haltung einzunehmen. Und Deutsche geht im Augenblick allerdings eine andere Frage mehr an. In Washington wird ja der Kriegszustand mit Deutschland nach Annahme und Unterzeichnung und Veröffentlichung der bekannten Kongress-Resolution als beendet angesehen. Man muß infolgedessen nunmehr auch der Frage näherzutreten, was mit dem während des Krieges beschlagnahmten und liquidierten deutschen Eigentum geschehen soll. Die Behandlung dieser Frage wird erkennen lassen, was wir in wirtschaftlicher Beziehung demnächst von Amerika zu erwarten haben. Bislang ist man um sie herumgegangen wie die Klage um den heißen Brei. Nur soviel ist bekannt geworden, daß ein Bericht der wirtschaftspolitischen Kommission an die Regierung die Freigabe dieses Eigentums empfiehlt. Er beruft sich dafür auf den Grundgedanken der Unverletzbarkeit des Privatvermögens, dessen eventuelle Festlegung durch die Vereinigten Staaten ihrer Stellung im internationalen Finanzleben ungemein zugute kommen würde. Jenseits in diesen Zeiten der Unsicherheit in der ganzen Welt und gewisser Kriegserfahrungen auf diesem Gebiete, die sicherlich nicht so bald der Vergessenheit anheimfallen würden. Die Kommission verspricht sich von der Politik, die sie empfiehlt, eine ungemeine Stärkung des Aufsehens, den der Dollar zu sich in der ganzen Welt genießt, und sie hofft auf diese Weise auch Amerika eine Freiheit für Kapitalanlagen anderer Länder zu machen. Alle Wüter erhielten so die Sicherheit einer im Krieg und

Frieden unantastbaren kurzfristigen Goldanlage, und nicht zuletzt würde der Außenhandel der Vereinigten Staaten einen frischen Antrieb erhalten, weil auf diese Weise eine Unterlage für die Kreditoperationen und Mittel für Käufe in Amerika frei würden.

Man sieht, daß das brennende Verlangen, sich zur finanziellen Vormacht in der Welt zu entwickeln, in Amerika den Krieg und die Kriegsblindnisse überdauernd hat. Ohne Zweifel bestimmt auch die Rücksicht auf diesen bedrohlichen Wettbewerb zu einem guten Teil die Stimmung, die in der englischen Geschäftswelt gegenüber Deutschland mehr und mehr die Oberhand gewinnt. Man möchte es dort nicht noch einmal erleben, daß binnen wenigen Stunden über zwanzig Millionen Pfund Sterling von den britischen Banken fortgezogen und auf neutrale Häfen übertragen werden, wie das unmittelbar nach Abbruch der Londoner Verhandlungen vor sich ging. Doch lassen sich die Stunden, die am deutschen Eigentum in Europa wie in den überseeischen Kolonien überall dort, wo britische Herrschaftsgewalt hinreichte, verbracht werden, nicht wieder gut machen. Die Amerikaner dagegen befinden sich noch in dieser angenehmen Lage, zumal das, was die amtlich bestellten Verwalter des deutschen Vermögens in Amerika sich an Verschleuderungen, Überverteilungen und sonstigen Rechtswidrigkeiten geleistet haben, immer noch der endgültigen Genehmigung des Kongresses bedarf. Auch hier steht der Kongress vor einer großen Aufgabe, und man muß anerkennen, daß bisher alle Versuche, die Praktiken dieser Vermögensverwalter in Haufe und Hagen rechtfertigen zu lassen, gescheitert sind. Um diese Frage wird noch ein heißer Kampf entbrennen, und man kann nur wünschen, daß das amerikanische Volksgewissen dabei in der Volkserrettung nicht zu kurz kommen möchte. Der amerikanische Geschäftsträger in Berlin verhandelt, wie man weiß, schon seit Wochen angelegentlich mit Herrn Dr. Rosen über die praktische Wiederherstellung des Friedens. Offenheit ist einleuchtend, auf diesem Wege auch die hier angeordneten weittragenden vermögensrechtlichen Fragen einer für beide Teile annehmbaren Lösung entgegenzuführen.

Polnische Rüstungen.

Enthüllungen über den neuen Putz

Aus Mitteilungen des schlesischen Blattes Schwarzer Adler geht unzweifelhaft hervor, daß die Polen in ganz gefährlicher Weise den neuen Aufstand vorbereiten, und daß dieser Aufstand unmittelbar vor der Tür steht. Es werden fünf polnische Truppen-Tagesbefehle des sog. Armeeoberbefehlshabers Ost-Oberschlesien abgedruckt. In diesen Befehlen werden genaue Angaben über die Bewaffnung der Insurgenten gemacht und schließlich angeordnet, daß vom 25. Juli ab die Offensiv zu beginnen ist, und zwar hat der erste Abschnitt am 7. August vor Koziel zu stehen, der zweite Abschnitt vor Opyeln, der dritte Abschnitt vor Kreuzburg und der vierte Abschnitt auf der böhmischen Seite. Südlich der oberschlesischen Grenze in der Gegend von Dzieditz im Teschener Ländchen bis zur tschechischen Grenze ist der Aufmarsch polnischer Regimenter

festgestellt. Diese haben offenbar den Auftrag, bei erster bester Gelegenheit in den Kreis Pleß und in den Ostteil des Kreises Rybnik einzumarschieren und Südoberschlesien zu besetzen. Im Abstimmungsgebiet selbst arbeitet die polnische militärische Geheimorganisation weiter an Aufstandsvorbereitungen. Die militärische Führung des nächsten polnischen Aufstandes hat der polnische Generaloberst Zuchewsky übernommen. Das vorbereitende Hauptquartier befindet sich in Czestochowa und steht in regelmäßiger Verbindung mit Unterstellen in Rybnik, Katowice und Schoppin. Die Armee nennt sich „Freiheitsarmee für Oberschlesien“. Im Stad befinden sich polnische Offiziere. Daß diese Truppen entschlossen sind, ihr Ziel zu erreichen, ganz gleich ob der Oberste Rat Oberschlesien den Polen zuspricht oder nicht, geht aus einem Aufruf der Aufständischen hervor, in dem es heißt: „Wir erklären feierlich: Sollte der Oberste Rat nicht umgehend unseren Beschlüssen zustimmen, wie sie die Abstimmung erwiesen, werden wir uns als Staatsangehörige der polnischen Republik und die uns vom Vaterlande künstlich scheidende Grenze als nicht existierend betrachten.“

Die Lage im Kreise Rybnik

hat sich verschärft. Hauptsächlich in der Stadt selbst, jedoch auch auf dem Lande verstärken sich die Insurgenten, und zwar durch Zugang aus Kongresspolen, auffassend schnell. Der polnische Kreisbeirat in Rybnik hält nach wie vor die Gewalt in den Händen und schickt sogar Fragebogen an die einzelnen Gutsbesitzer, die die Anzahl der Bewohner, Menge des Getreides, Anzahl des Viehs und Ackerflächen über die Größe der einzelnen Gutsbezirke betreffen. Die „Gummigrube“ hielt vor einigen Tagen eine Belegschaftsversammlung ab, in der von den

Polen beschlossen wurde, sämtliche deutschen Beamten herauszuwerfen. Die „Donnermarschgrube“ wird von bewaffneten Insurgenten besetzt gehalten. Die Händler aus der Umgebung von Ratibor, die zu jedem Wochenmarkt nach Gleiwitz kommen, haben erklärt, sie dürften vielleicht für längere Zeit zum letztenmal nach Gleiwitz gekommen sein, da die Insurgenten die offenkundige Absicht hätten, den Verkehr Gleiwitz-Ratibor neuerdings vollkommen zu unterbinden.

Lloyd George tut nicht mit.

Wortpottengefährlich zur Pariser Konferenz.

Die Londoner und Pariser Meldungen über die diplomatischen Einigungsverhandlungen zur Frage der entscheidenden Beratung über Oberschlesien und der französischen Truppenentsendung in das Abstimmungsgebiet lassen deutlich erkennen, daß die Einigkeit zwischen der englischen und französischen Regierung nur sehr langsam und unvollkommen hergestellt werden kann, während man nach außen gern den Eindruck erwecken möchte, als ob nicht die geringsten Gegensätze beständen. Bis jetzt scheint man sich nur — wenn es nicht noch anders kommt — darüber verständigt zu haben, daß die Sitzung des Obersten Rates nunmehr am 4. August in Paris stattfinden soll. Eher kann dann auch von französischen Truppentransporten nicht auf die Rede sein, und auch eine Sachverständigenkommission, die die Franzosen durchaus nach Oberschlesien schicken wollten, kann in der kurzen Zeit bis zum Beginn der Konferenz nicht erst die zweite Reise antreten. Wohl aber hat man den Franzosen das Zugeständnis gemacht, daß die Sachverständigen wenigstens in Paris noch vor der Konferenz zusammenzutreten sollen, um dem Obersten Rat ein Gutachten vorzulegen.

Wenn man sich so gegenseitig Schritten um Schritten entgegengekommen ist, so haben die Engländer doch zuletzt noch einen besonders vorsichtigen Schwachzug getan. Lloyd George wird nämlich nicht persönlich an der Konferenz teilnehmen, auf der ja auch über die den Engländern so unerwünschte französische Truppenentsendung Beschlüsse gefaßt werden soll. Lloyd George wird sich durch Lord Curzon und Balfour vertreten lassen. Er selbst beabsichtigt, sechs Wochen Urlaub in Schottland zuzubringen und dann persönlich mit Balfour zur Washingtoner Konferenz zu reisen. Natürlich bleibt eine solche Konferenz des Obersten Rates mit Curzon und Balfour als Hauptverhandlern ein Experiment, und wenn es nicht glückt, hat Lloyd George immer noch freie Hand. Die „Times“ halten es jetzt bereits für notwendig, darauf hinzuweisen, daß der Oberste Rat nicht in der Lage sein werde, zu einer endgültigen Entscheidung zu gelangen. Man spricht auf Grund dieser Sachlage von einem Erfolg der englischen Diplomatie in tatsächlicher Beziehung. Die höfliche Wendung einer Reitermeldung, daß „weitere Mißverständnisse bezüglich der Entsendung von Truppen oder eines anderen Punktes wohl kaum entstehen werden“, bedeutet natürlich im Grunde nichts anderes, als daß die französischen Wünsche im Augenblick keine Aussicht mehr auf Erfüllung haben. Dementsprechend bereitet auch der „Temps“ bereits darauf vor, daß Frankreich auf die Entsendung von Verstärkungen nach Oberschlesien verzichten und sich mit einer Drohung am Rhein für den Fall deutscher Unruhen in Oberschlesien begnügen wird. England aber hält sich in keiner Weise für abgeben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Lage von der deutschen Kriegsschuld.

In einer Untersuchung neuen Zeitungsmaterials in den Süddeutschen Monatsheften kommt Professor Dr. Loeffler zu dem Ergebnis, daß Deutschland den Weltkrieg nicht verschuldet, nicht gewollt und nicht herbeigeführt hat, und daß es den Krieg als Verteidigungskrieg hat auf sich nehmen müssen. Als neues Beweismaterial gegen die Schuldfrage enthält das Heft 50 feindliche Zeugenaussagen, die ebenfalls die deutsche Regierung von der Anklage reinigen, daß sie bewußt den Krieg gewollt oder gewünscht habe. Ferner wird mitgeteilt, daß die Veröffentlichung des bayerischen Geheimdiensts Grafen Lerchenfeld vom 18. Juli 1914, die gegnerischerseits als besonderer Beweis für die deutsche Schuld am Krieg ausgebeutet wurde, eine Fälschung war. Weiter enthält das Heft den Brief eines französischen Matrosen, aus dem hervorgeht, daß bereits am 31. Juli 1914 die französische Marine unter dem Kommando eines englischen Admirals stand.

Der zukünftige Reichsrat.

Der dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Gesetzes über Vertretung der Länder im Reichsrat bestimmt,

das in größeren Ländern auf je 700 000 Einwohner eine Stimme kommen solle, doch darf kein Land mehr als zwei Fünftel aller Reichstagsstimmen haben. Die Überschüsse an Einwohnerzahl werden erst dann berücksichtigt, wenn diese 350 000 übersteigen. Diese Änderung würde folgende Stimmenverteilung im Reichstag ergeben: Preußen 26, Bayern 10, Sachsen 7, Württemberg 4, Baden 3, Thüringen, Hessen, Hamburg je 2 Stimmen 6, ferner 10 Kleinstaaten je 1 Stimme 10, zusammen 66 Stimmen. Dieser Gesetzentwurf beansprucht eine Änderung der Reichsverfassung, in deren Artikel 61 bestimmt ist, daß auf je 1 Million Einwohner eine Reichstagsstimme kommt.

Werbungen für die französische Fremdenlegion.

Nach mehrfachen Meldungen ist der französische Propagandafonds für die besetzten Gebiete und die Werbung für die Fremdenlegion um zweihundert Millionen Frank erhöht worden. In der Rheinpfalz, im Saargebiet und im Rheinland sollen weitere Werbebüros errichtet werden. Die Zahl der angeworbenen Legionäre hat im Vergleich zum Vorjahre, infolge der Warnungen der deutschen Behörden, abgenommen.

Kündigung des Kommunismus.

Das Ergebnis der Wahlen des Deutschen Metallarbeiterverbandes zum Verbandstage in Jena ist infolge von besonderem Interesse, als sich dabei ein erheblicher Rückgang der kommunistischen Vertreter ergeben hat. Der kommunistischen Liste stellten Mehrheitssozialisten und Unabhängige eine gemeinsame freigewerkschaftliche Liste entgegen, die an fast allen Orten die bisherige kommunistische Mehrheit in eine Minderheit verwandelt hat. Das ist besonders bemerkenswert, als gerade die Metallarbeiter immer ein starkes Kontingent zu der radikalen Arbeiterbewegung stellten. Jetzt sind die Kommunisten sogar in Berlin und Leipzig, wo sie bisher sehr stark waren, in eine hoffnungslose Minderheit gedrängt. Auf der Jenaer Tagung werden die Kommunisten eine bedeutungslose Gruppe bilden. Eine Ausnahme bildet Dresden, wo die Kommunisten mit den Unabhängigen zusammenhängen und dadurch 900 Stimmen mehr als die Mehrheitssozialisten erzielen.

Deutsch-Ostereich.

Die Übergabe von Westungarn. In Paris sind die Ratifikationsurkunden des Friedensvertrages von Trianon zwischen den Verbündeten und Ungarn ausgetauscht worden. Der Vertrag tritt sofort in Kraft. Eine der Folgen des Inkrafttretens des Vertrages von Trianon ist die Übergabe Westungarns an Österreich und des Kohlengebietes von Zankowien an Ungarn. Der Prozeß der Übergabe Westungarns an Österreich wird einige Wochen zu seiner Durchführung brauchen. Die Vorkonferenz hat den 27. August als Endtermin für die Übergabe festgesetzt.

Rußland.

Frau Gorski über die Hungersnot. Die Gattin Maxim Gorskis äußerte sich zu dem Berliner Korrespondenten der "Chicago Tribune" über die furchtbare Hungersnot in Rußland, die Rußland betroffen hat und heißt ausdrücklich fest, daß Bolschewisten wie Nichtbolschewisten ihr Menschenmöglichstes täten und sich gemeinsam verbündeten hätten, das russische Volk vor einer Tragödie zu retten, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Sie sagte weiter: Mein Mann teilt mir mit, daß die Massenflucht aus dem Wolgagebiet schon 6 Millionen Menschen betroffen hat. Der Hunger herrscht heute über 18 Provinzen des europäischen Rußlands. Insgesamt hungern 20 000 000 Menschen." Frau Gorski teilte dem Journalisten noch mit, daß sie und ihr Mann nach Amerika zu gehen beabsichtigen, da sie auf die amerikanische Hilfe ihre ganze Hoffnung gesetzt hätten.

Polen.

Einführung der allgemeinen Militärpflicht. Trotz der geradezu verzweifeltsten wirtschaftlichen Lage, in der sich

der junge Staat Polen befindet, suchen die treibenden Kräfte im Lande mit allen Mitteln die militärische Überspannung aufrecht zu erhalten. Polen hat bezeichnend zurzeit nach Frankreich das größte lebende Heer Europas. Für dieses soll jetzt die allgemeine Dienstpflicht geschaffen werden. In der nächsten Sitzung des Landtages wird der Gesetzentwurf über die allgemeine Dienstpflicht zur Beratung kommen. Nach dem Entwurf soll die aktive Dienstzeit zwei Jahre betragen. Außerdem soll für unverheiratete weibliche Personen eine Hilfsdienstpflicht eingeführt werden. Wie man aus der Verpflichtung der Frauen ersieht, stehen die polnischen Gewalttäter noch unter dem vollen Eindruck der Kriegspathologie.

Frankreich.

Gegen die Moskauer Internationale. Der Gewerkschaftskongreß in Lille hat die Diskussion über den Tätigkeitsbericht begonnen. Die beiden ersten Redner, ein Delegierter der Handelsangestellten von Bordeaux und ein Vertreter der Postarbeiter in Bruck, sprachen für die alte Mehrheit. Kamentlich der erste Redner wandte sich scharf gegen die Moskauer Internationale und sagte, er ziehe es vor, immer mehr Wohlstand zu erobern, als eine Revolution mitzumachen, die nur das Elend vermehre.

Ungarn.

Flucht vor Pogromen. Wie die Prager Blätter berichten, überschreiten in den letzten Tagen große Trupps ungarischer Juden die tschecho-slowakische Grenze auf der Flucht vor Pogromen, welche in Ungarn stattgefunden haben. In Budapest und in der Provinz werden Pogrome vorbereitet.

Griechen und Türken.

Andauernd sich widersprechende Meldungen. Aus Athen werden abermals bombastische Siegesmeldungen in die Welt geschickt. Stillsch von Esfischehr soll die Schlacht zehn Tage getobt haben. Die Türken hätten dabei mehr als dreiviertel des Geschützmaterials und der Mannschaften verloren. Die meisten der türkischen Divisionen seien über die Hälfte eingeschmolzen. Nunmehr bildeten die Griechen eine einheitliche Front durch Vereinigung ihres Nord- und Südlügels. Alle türkischen Meldungen vom Durchbrechen der griechischen Linien, dem Vordringen an die Bahnlagen und Zurückerobern mehrerer Punkte seien erlogen. Die Türken hinviederum erklären die griechischen Siegesbulletins als Fälschungen. Der Rückzug im Zentrum auf Angora sei Absicht, in kurzer Zeit werde die griechische Armee vor einer Katastrophe stehen. Kemal Pascha, der Führer der türkischen Nationalisten, erklärte: Wir sind fest wie Eisen. Die englische Erchange Agentur berichtet, daß die englischen Gesandenen aus Angora fortgebracht wurden, und daß die Räumung von Angora endgültig beschlossen sei. Damit stimmt überein eine Nachricht aus Konstantinopel, die kemalistische Regierung habe der Zentralregierung mitgeteilt, mit Rücksicht auf das Vordringen der Griechen werde Regierungssitz und Nationalversammlung nach Sivas verlegt (etwa 250 Kilometer östlich von Angora). Im übrigen berichtet Konstantinopel vom erfolgreichen Operieren der Kemalisten. Eine ganze griechische Division soll gefangen sein. Was ist Wahrheit?

Der Schauplatz der Ereignisse.

Ein wirkliches Bild von dem Stand der Dinge läßt sich vorläufig hierzulande nicht gewinnen. Es scheint, als wenn die Griechen diesmal nicht zunächst versuchen wollten, ihre einmal verlorene Abfahrt zu verwirklichen, über Samsid gehend Konstantinopel vom Landwege aus zu bedrohen. Auch wenn die Griechen nunmehr ihre Front auf Angora dirigieren, erscheint das Beginnen ähnerl unsicher. Unterbrechen die Türken die für die griechische Armee lebenswichtige Eisenbahnlinie nach Smyrna durch Restieren an den in

den Meldungen genannten Bahnpunkten, so ist eine prekäre Lage geschaffen. In diesen wüsten, wasserarmen Gebieten lassen sich ohne Sicherung der Bahn Stappennlinien kaum aufrecht erhalten. Die auf 200 000 Mann geschätzte griechische Armee dürfte sogleich schon durch Geschichtsverluste bei Samsid und Abgabe an die Engländer bis auf höchstens 70 000 Mann verringert sein. Sie standen schon beim ersten Vormarsch auf den Höhen von Esfischehr südlich von Samsid, westlich von Angora, und mußten schleunigst zurück, als die Türken zum Generalangriff auf die Verbindungslinien antraten. Von Esfischehr bis Angora beträgt die Entfernung über 200 Kilometer durch ernährungsloses Gebiet, nach dem weiter südöstlich gelegenen Konia, dem anderen Stützpunkt der Kemalisten ist die Entfernung noch größer. Erreichen die Griechen Angora, was unzweifelhaft ein moralischer Erfolg für sie wäre, liegt abermals der Weg nach Sivas und Konia vor ihnen. Die griechische Offensiv mußte sich aller Voraussicht nach auf beiden Marschstraßen bald stillen, während zu gleicher Zeit die türkischen Vorrückungsaktionen durch die Eisenbahnlinie brechen, wie jetzt gemeldet wird, und den risikoreichen Sicherungspunkt Bursa in der Nähe der Küste bedrohen könnten. Je weiter sich die Griechen aber von der Küste entfernen, je weniger sie ihre erste Richtungslinie Samsid-Konstantinopel ausgeben oder aufgeben müssen, um so schwieriger werden die Aufgaben, um so unsicherer die Möglichkeit eines entscheidenden Schlages.

Die deutschen Menschenverluste im Kriege.

Zwei Millionen Tote und Vermisste.

Vom Zentralnachweisamt in Spandau werden über die Kriegsverluste 1914/1918 folgende, leider immer noch unvollständige, Angaben gemacht: Nach den amtlichen Verlustlisten beliefen sich bis zum 31. Dezember 1920 die Verluste des deutschen Landheeres auf:

Länder	Tote	Verwundungen	
Preußen	1 397 326	3 281 873	
Bayern	168 718	434 035	
Sachsen	123 708	307 606	
Württemberg	74 227	191 065	
1 763 979		4 214 579	
dazu die Verluste der Marine mit	34 256	31 085	
und der Schutztruppen mit	1 133	1 210	
also insgesamt		1 792 368	4 246 874

Diese Zahlen sind noch nicht endgültig, da die Feststellung der Verluste noch nicht abgeschlossen ist. Die Zahl der Verwundeten ist in Wirklichkeit geringer, da auf einen Teil von ihnen mehrere Verwundungen fallen.

Die Zahl der Vermissten wird Augenblicklich auf ungefähr 200 000 geschätzt. Sie ändert sich dauernd im Verlauf der Nachforschungsarbeiten und wird erst nach deren Abschluß endgültig und genau angegeben werden können.

Befassungssoldaten mit Ministergehältern.

Die Milliardenkosten der Rheinarmeen.

Die Berechnung des Wertes der von Deutschland bereits bewirkten Leistungen und Lieferungen an die Entente hat auf deutscher Seite bekanntlich vor einiger Zeit auf die Summe von 20 Milliarden Goldmark geführt, während die Reparationskommission nur 8 Milliarden anerkennen wollte und der belgische Finanzminister Thémis diese Rechnung sogar auf 4 1/2 Milliarden herabdrückte. Nun soll diese Streitfrage in nächster Zeit durch die Reparationskommission wenigstens inwieweit geregelt werden, als der Wert der ausgelieferten deutschen Handelsflotte, der den Hauptbestandteil unserer Leistungen ausmacht, endgültig bestimmt wird. Im Zusammenhang mit diesem für unsere finanzielle Befassung so wichtigen Problem hat der belgische Finanzminister auch Auskunft über die Befolgung der Befehlsbefehle am Rhein gegeben. Danach

Ilse von Krafft.

Von M. Eitner.

(Nachdruck verboten.)

1. Kapitel.

„Was gibt es schon wieder?“ fragte an einem Oktobermittwoch Herr von Krafft auf Kaltborn, als der Diener sein Zimmer betrat.

Er sah am Schreibtisch und hatte seine Gedanken völlig auf die Arbeit konzentriert, die ihn schon seit Monaten beschäftigte: ein Werk über die Bedeutung des überseeischen Handels.

Die unaufhörlichen Ansprüche, die das tägliche Leben an ihn, als den Majorats Herrn von Kaltborn, stellte, waren ihm oft unerträglich, aber was half es? Ob gern oder ungern, er mußte den Anforderungen des Tages gerecht werden.

„Was gibt es schon wieder?“ fragte er noch einmal ungeduldig, als der Diener schweigend an der Tür verharrte.

Die Wolken auf der Stirn seines Herrn hatten ihm wohl einigermaßen den Mut zum Sprechen genommen, mußte er doch nur zu gut, wie unwillkommen solche Störungen waren.

Der Vogt vom Borwert ist da, gnädiger Herr. Ein Pferd ist krank geworden, und der Vogt hat schon nach dem Tierarzt geschickt; aber da der Herr Inspektor doch noch verreist ist, wäre es ihm lieber, wenn der gnädige Herr selbst kämen.

„Naj, den Nag fatten und vorführen und sage dem Vogt, daß ich kommen werde.“

Der Diener verließ das Zimmer. Seufzend verschloß Herr von Krafft die schon beschriebenen Türen.

Unmut sprach aus den großen Augen, die für gewöhnlich kühl und gleichgültig blieben.

Zehn Minuten später bestieg er Nag, den prachtvollen Goldfuß, um zum Borwert zu reiten, und beauftragte den Diener, seine Frau von dem notwendigen Ritt zu benachrichtigen.

Herbert von Krafft war mit dreiunddreißig Jahren in eine Tätigkeit hineingezwungen worden, die er sich nie hatte träumen lassen, die er aus eigenem Antrieb nie gewählt haben würde.

Er hatte Jura studiert, war als Assessor in das Handelsministerium eingetreten, hatte dort mehrere Jahre gearbeitet, als der Karriere, die er verfolgen wollte, im Ru ein Ende gemacht wurde, und er sich plötzlich als Majorats Herr von Kaltborn sah.

Eine solche Möglichkeit war nie in seinen Besitzkreis getreten. Sein Onkel, der erst vor zwei Jahren gestorben war, hatte zwei Söhne. Der älteste, der das Majorat antrat, starb nach einem Vierteljahr an Lungenerkrankung, und nun, sieben Vierteljahre später, starb der zweite Sohn, der, als der Bruder von der Krankheit hingerafft wurde,

eben erst mündig geworden war, so unglücklich mit dem Pferd, daß er sofort todtblieb.

Neben der Teilnahme, die besonders der letzte Todesfall bei Herbert hervorrief, wirkte die Nachricht geradezu verblüffend auf ihn. Er war der Nächsterberechtigte für das Majorat. Der Gedanke, seine Ansprüche an die Seitenlinie zu überweisen, trat ihm überhaupt nicht nahe. Alle Traditionen werden nicht so ohne weiteres unterbrochen; aber es wurde ihm nicht leicht, sich in diesen Wechsel seines äußeren Lebens hineinzufinden, die Arbeit, die bis jetzt für ihn Hauptzweck des Daseins gewesen war, aufzugeben und sich ihr nur noch in Musestunden widmen zu dürfen.

Er hätte nicht nötig gehabt, sich unmittelbar um die praktische Bewirtschaftung des Gutes zu kümmern, denn auf Kaltborn war seit zehn Jahren ein tüchtiger Inspektor, und auch das Borwert, zu dem eine Sägemühle gehörte, hatte seinen eigenen Inspektor; aber es hätte gegen das Herkommen verstoßen, wenn ein von Krafft-Kaltborn nicht die Oberleitung in Händen behalten hätte.

In bezug auf Landwirtschaft war er nicht völlig ohne Kenntnisse; aber er hatte keine Neigung für sie, und es wurde ihm sehr schwer, das alte, ihm sympathische Arbeitsfeld zu verlassen und sich auf einem neuen einzuleben. Die Platte seines Schreibtisches war ihm lieber als so und so viele Morgen Land.

Herbert kam nicht als ein Fremder nach Kaltborn. Er war öfter dort zum Besuch gewesen, besonders zur Zeit der Rebhühnerjagd. Er kannte auch die Nachbarschaft.

Die schwerste Anforderung, welche die neue Würde an ihn stellte, war die, daß er unbedingt heiraten mußte. Das sagte ihm jeder, hatte doch entschieden die innere Wirtschaft durch das längere Fehlen einer Schlossherrin schon gelitten. Die alte Frau von Krafft war zwei Jahre vor ihrem Mann gestorben.

Herr von Krallich, der früher Gutsnachbar von Kaltborn gewesen war, seine alten Tage jetzt in der Stadt verlebt, der für die Kraffts immer warme Freundschaft empfunden und auch an den Tag gelegt hatte, rief Herbert, falls sein Herz nicht schon irgendwo gewohnt habe oder irgendwie gebunden sei, sich als Herrin für Kaltborn Fräulein Ilse Hardenberg zu holen, die Nichte der Hardenbergs auf Neudorf.

„Sie kennen Fräulein Ilse ja.“ hatte Herr von Krallich gesagt, „und wissen daher auch, daß Sie mit ihr ein großes Los ziehen würden. Die Hardenbergs stehen im Verkauf und wollen nach Berlin übersiedeln. Für Fräulein Ilse wünschte ich, daß sie diesen Wechsel nicht mitzumachen brauchte. Hat sie schon in Neudorf die Hülle auf Erden gehabt, so weiß ich nicht, was in Berlin aus ihr werden soll, wo das Zusammenleben selbstverständlich ein engeres ist als auf dem Lande. Ich weiß, daß schon mancher sich um Fräulein Ilse bewerben wollte, aber die Tante, der alte Drache, hat alles zu hinterreiben gewußt. Was hätte sie auch wohl ohne die Ilse anfangen sollen? Alle vierzehn Tage hätte sie müssen eine neue Wirtschaftlerin haben.“

„Nun, wenn sie mich also annähme,“ hatte Herbert entgegnet, „so hätten wir uns gegenseitig nichts vorzuwerfen. Ich schätze Fräulein Hardenberg sehr, aber... Na, ich brauche jedenfalls eine Herrin für Kaltborn, eine, die sich auch wirklich dazu eignet, und sie... Nun, ihr bin ich vielleicht das rettende Tau, das sie vor dem Verfinstern in unerträgliche Verhältnisse schützt.“

Herr von Krallich hatte den Kopf geschüttelt und erklärt: „So ist es doch wohl nicht. Ich glaube nicht, daß Ilse Hardenberg einen Mann nimmt, für den sie keine Neigung empfindet.“

Herbert hatte zu dieser Bemerkung gelächelt.

Er hatte einige Besuche auf Neudorf gemacht, hatte um Ilse angehalten, war angenommen worden, und die Hochzeit hatte sehr bald stattgefunden, da der Verkauf von Neudorf perfekt geworden war und die Hochzeit noch dort stattfinden sollte, und zwar, trotz Herberts Widerstrebens, mit großer Feierlichkeit.

So war Ilse Hardenberg die Herrin von Kaltborn geworden.

Herbert fand nicht den leisesten Anlaß, seine Wahl zu bereuen. Seine Frau zeigte sich allen Anforderungen, so wohl in praktischer, wie in gesellschaftlicher Hinsicht gewachsen, aber — es blieb wie ein kalter Hauch zwischen den Gatten, es war nicht so, als wenn sich Herz zum Herzen gefunden hat.

Ilse war nicht schön, aber sie hatte eine Gestalt, die jeden Künstler entzückt haben würde. Ihre Gesichtszüge waren unregelmäßig, und die blauen Augen hatten einen matten, müden Ausdruck. Ein Schmutz ihres Kopfes war ihr wundervolles, blondes Haar.

Herbert hatte seiner Frau gleich von Anfang an erklärt, daß er die Abende, soweit sie nicht durch Besuch im Haus oder durch notwendige Besuche außerhalb besetzt wären, für seine Arbeiten am Schreibtisch haben möchte. Um keinen Preis wollte er völlig die Bräute abbreden zwischen dem jetzigen und dem früheren Leben, wollte vor allen Dingen die literarische Beschäftigung nicht aufgeben.

Ilse hatte nicht ein Wort dagegen gesprochen, und Herbert legte sich zurecht, daß sie mit ihrer Rolle als Herrin von Kaltborn völlig zufrieden war und den Anspruch, an seinem inneren Leben teilzunehmen, nie erheben würde. Bei dieser Annahme beruhigte er sich, weil sie seinen Wünschen entsprach.

Im vorigen April, anderthalb Jahr nach der Hochzeit, wurde ein Knabe geboren, der den Namen Werner erhielt. Das strahlende Glück, das Vater in der Regel über ihren Erstgeborenen empfinden, schien bei Herbert nicht eingelehrt zu sein. Er freute sich wohl über das kräftige, schöne Kind, aber es hatte nicht die Macht, ihn in seinen Arbeiten zu stören und aus der Zurückgezogenheit, die er sich erzwungen hatte, herauszureißen.

Herr von Krallich, der ihn damals auf Ilse aufmerksam gemacht hatte, zürnte Herbert ernstlich und sagte ihm eines Tages: „Wir scheinen, Sie sehen in Ihrem Jungen nur den notwendigen Erben von Kaltborn.“

folgt pro Tag jeder einzelne Mann im amerikanischen Heer 4 Dollar 32 Cent, im englischen Heer 13 Schilling 4 Penny, im französischen Heer 15 Frank 19 Centimen und im belgischen Heer 16 Frank 9 Centimen. Das bedeutet in deutschem Gelde für den englischen und amerikanischen Soldaten der Besatzungstruppe 9080 Mark, für den französischen und belgischen im Monat je 8120 Mark. Wir können derartige Monatslöhne nur im Vergleich zu unseren Ministergehältern setzen. Die Gesamtlast des Unterhalts der Besatzungstruppen seit Waffenstillstand beläuft sich im Durchschnitt auf etwa 55-60 Milliarden Papiermark.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Markt.

Die nachstehende Tabelle zeigt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Frank, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ — angeboten; „Geld“ — gefragt).

Währungsplätze	27. 7.		25. 7.		Stand
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Dolland .. Gulden	2437,55	2442,45	2437,55	2442,45	170 M.
Dänemark .. Kronen	1192,80	1195,20	1192,80	1195,20	112
Schweden .. Kronen	1605,85	1609,15	1602,95	1606,65	112
Norwegen .. Kronen	1013,95	1015,65	1013,95	1015,65	112
Schweiz .. Franc	—	—	1293,70	1296,30	72
Amerika .. Dollar	—	—	78,7 1/2	78,95 1/2	4,40
England .. Pfund	282,70	283,30	281,20	281,80	20,20
Frankreich .. Franc	—	—	408,85	410,15	80
Belgien .. Franc	—	—	592,46	594,60	80
Italien .. Lire	—	—	343,55	344,35	80
Österreich .. Kronen	9,28	9,32	9,28	9,32	85
Ungarn .. Kronen	21,47	21,51	21,47	21,51	85
Tschechien .. Kronen	100,45	100,75	99,60	99,80	85

Danach war also die Mark in Wien ungefähr wert in Holland 7,0; Italien 28,3; England 7,3; Amerika 5,3; Frankreich 18,3.

Bestehende Geschäftslage auf dem Markt in Säden. Im deutschen Sädenhandel ist, wie die Nachrichten „Der Sädenmarkt“ schreibt, ein recht lebhafter Geschäftsgang zu verzeichnen. Die Preise haben allgemein zugenommen. Den Säden sind zur Lieferung im Oktober-November ganz bedeutende Aufträge überschieden worden. Die starke Nachfrage nach Säden ist auf den Windertrag der diesjährigen Züchter zurückzuführen. Infolge dessen hat auch die Nachfrage nach Papiergeweben stark zugenommen. Auch gedruckte Säden sind sehr gesucht.

Millionenaufträge für die Textilindustrie. Der Textilindustrie sind in letzter Zeit Millionenaufträge aus England und Amerika zugeflossen. Es handelt sich in der Hauptsache um große Bestellungen in Spitzen, Tüll und Gardinen.

Neue deutsche Orientlinie. In Stettin ist unter Führung der Neuen Dampfschiffahrtsgesellschaft die Deutsche Orientlinie A.-G. mit einem Aktienkapital von 6 Millionen Mark gegründet worden. Sie hat die Aufgabe, im Interesse des Stettiner Platzes den Verkehr zu machen, den Aufschwung eines regelmäßigen Verkehrs zwischen Stettin sowie den Ostseeländern einerseits und dem Mittelmeer, insbesondere dem Orient andererseits näher zu treten.

Erniedrigung der Frachtkosten zwischen England und Indien. „Times“ meldet, mit Rücksicht auf die von ausländischen Schiffahrtsgesellschaften, besonders den deutschen, angenommenen niedrigeren Frachtsätze hätten die britischen Schiffahrtsgesellschaften beschlossen, die Frachtraten zwischen dem Vereinigten Königreich und Indien herabzusetzen. Die Verminderung beträgt 40 Prozent für die Fracht nach Swatow, und 25 Prozent für Frachten nach Maß.

Nah und Fern.

Zum Tode des Ministers v. Frauendorfer. Nach dem gerichtlichen Befund ergab die Section der Leiche des freiwillig aus dem Leben geschiedenen bayerischen Ministers v. Frauendorfer die Feststellung schwerer pathologischer Veränderungen in Herz und Gehirn auf Grund ungewöhnlicher Verfassungen. Man glaubt, annehmen zu können, daß Frauendorfer den Selbstmord in einem Anfall von Geistesstörung begangen hat.

Ronnengefahr in den sächsischen Wäldern. Dieser Tage sind Millionen von Ronnenältern aus Böhmen nach Sachsen hinübergeschlagen. Da hauptsächlich weibliche Falter hinübergewechselt sind, ist die Gefahr groß. Die Behörden haben sofort Bekämpfungsmassnahmen eingeleitet. In ganz wenigen Tagen konnten allein im Schandauer Revier über 200 000 Falter gesammelt und vernichtet werden.

Großer Dorfbrand. In dem in der Nähe von Schneidemühl gelegenen Dorfe Hasenberg brach ein großes Feuer aus. Es wurden vier Gehöfte mit den dazu gehörigen Stallungen und Scheunen vollständig vernichtet, insgesamt etwa fünfzehn Gebäude. Mit Mühe gelang es den Bewohnern, einen geringen Teil der Habe und des Mobiliars zu retten. Der Schaden geht in die Hunderttausende. Die abgebrannten Häuser waren alle mit Stroh gedeckt.

Beim Kinder ertrunken. In Solothurn stürzte der Babesteg einer Mädchenbadanstalt ein. Von 40 auf der Brücke befindlichen Kindern fielen etwa 30 in die Aare. Es wurden zehn Leichen gefunden.

Brandschaden auf der „Mauretania“. An Bord des großen Passagierdampfers „Mauretania“ (Cunard-Linie) brach ein Brand aus, der erst nach zwölfstündiger Arbeit gelöscht werden konnte. Man wird sechs bis zehn Monate brauchen, um das Schiff wieder instand zu setzen. Die Maschinen sind nicht zerstört.

Neueste Meldungen.

Das Weissenhof-Domkapitel in Gefahr. Das sächsische Kultusministerium hat von der juristischen Fakultät der Leipziger Universität ein Gutachten über die Rechtsverhältnisse des Domkapitels Weissenhof eingeholt. Es scheint die Absicht der sozialistischen Regierung in Sachsen zu sein, das Domkapitel aufzulösen und sein Vermögen in Staatsverwaltung zu übernehmen.

Englisch hat Französisch?

München. Im bayerischen Landtag kündigte Kultusminister Hart eine Beratung über die Frage an, ob in den höheren Schulen die englische Sprache an Stelle der französischen bevorzugter Lehrgegenstand werden solle. Danach würde die französische Sprache an den Mittelschulen nur noch als Wahlfach unterrichtet werden.

Beginnende Einsicht?

Paris. Wie verlautet, gehen jetzt nach offizieller französischer Persönlichkeiten zu, daß die französische Regierung nach dem Verfall der Reichsregierung nicht daran denken kann, daß die deutsche Regierung die Besetzung von Verträgen durch Deutschland gähle, falls dies nicht vom Obersten Rat mit Einfluß der englischen und italienischen Stimmen verlangt werde.

Die körperliche Ausbildung der Jugend.

Berlin. In einer Sitzung des deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen wurde der Plan eines Gesetzes über die körperliche Ausbildungspflicht der Jugend grundsätzlich genehmigt.

Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Berlin. Die zwischen dem Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Adabundes und des Deutschen Beamtenbundes geführten Verhandlungen über die Bildung einer Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben den Abschluß von Vereinbarungen ergeben, wonach sich die drei Spitzenorganisationen verpflichten, in der Bahrtung der gemeinsamen Arbeiterinteressen zusammenzuwirken. Die beteiligten Verbände stehen auf dem Boden der demokratisch-republikanischen Verfassung des Deutschen Reichs. Sie verpflichten sich, jeder Verletzung und jeder ungesetzlichen Änderung dieser Verfassung im Reich und in den Ländern geschlossen entgegenzutreten.

Trotsky interniert?

Berlin. Ein in Berlin erscheinendes russisches Blatt behauptet, daß die zwangsweise Aberückung Trotskys nach Archangelstode von mehreren Seiten beflügelt worden sei. Wenn sich diese Nachricht bewahrheiten sollte, so wäre damit der Beweis erbracht, daß Trotski in dem Kampfe mit Lenin unterlegen ist.

Stettiner Soldaten als Ruheförder.

Stettin. Das Polizeipräsidium teilt mit: Nachdem bereits am Montag abend durch Angehörige des hiesigen Reichswehronierbataillons Nr. 2 die öffentliche Ruhe und Ordnung in den Grabower Parkanlagen erheblich gestört worden war und Reichswehronierangehörige sich der Herstellung ihrer Personalkarte mit blanker Waffe widersetzt hatten, machten am Dienstag abend Angehörige dieses selben Truppenteils gemeinsam mit rabulistischen Zivilisten in der Nähe des Parkhauses einen Angriff auf im Dienst befindliche städtische Polizeibeamte. Letztere haben sich plötzlich einer großen Menge gegenüber, aus deren Mitte etwa 15 scharfe Schüsse fielen. Gleichzeitig drangen Soldaten mit gegenseitiger Seitengewehr auf die Beamten ein, woraus diese ebenfalls von der Waffe Gebrauch machen mußten. Die Ruhe wurde binnen kurzem wieder hergestellt, eine Anzahl der Ruheförder verhaftet und mehrere Verletzte nach dem Lazarett, bezw. zu ihren Truppenteilen beordert.

Keine vorläufige Leistung Oberschlesiens.

London. Zu dem Vorschlag, vor der endgültigen Entscheidung über Oberschlesien bereits jetzt die reindeutschen bzw. die reinpolnischen Gebietsteile in Oberschlesien den Deutschen bezw. Polen zu übergeben, schreibt „Daily Chronicle“, ein solcher Vorschlag sei wohl einmal von der britischen und italienischen Regierung gemacht, aber von der französischen abgelehnt worden. Es würde keinen Zweck haben, einen solchen Vorschlag jetzt zu erneuern, wo man hoffe, die ganze Frage in der Zusammenkunft des Obersten Rates zu regeln.

Der Friede mit Amerika.

Washington. Der Plan des Staatssekretärs Hughes, die Annahme eines revidierten Versailleser Vertrages als Friedensvertrag zwischen Deutschland und Amerika durchzusetzen, ist selbsterlöschend, und ein neuer Vertrag, der eng dem unüberwunden gebliebenen Teil des Versailleser Vertrages folgt, ist in Aussicht genommen. Es wird erwartet, daß binnen kurzem eine Mitteilung des Staatsdepartements über den neuen Friedensvertrag mit Deutschland erfolgen wird.

Die Entente-Schulden in Amerika.

Washington. Der Finanzminister der Vereinigten Staaten, Mellon, verlangte für die Regierung vom Senat Vollmacht zu den Verhandlungen über die alliierten Kriegsschulden an Amerika. Es ist aber noch durchaus unsicher, ob der Senat die ungenügende Bevollmächtigung der Regierung erteilen wird. Mellon deutete sogar an, daß unter Umständen Amerika gezwungen sein könnte, aus wirtschaftlichen Erwägungen die Kriegsschulden der Alliierten zu erlassen. Es ist das erste Mal, daß diese Möglichkeit in Betracht gezogen worden ist. Mellon sagte ausdrücklich hinzu, daß die amerikanische Regierung im gegenwärtigen Augenblick noch nicht an einen derartigen Schritt denke.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Ein neuer französischer Schritt in London.

London, 28. Juli. (tu.) Der französische Votschafter in London hat gestern bei Lord Curzon einen neuen Schritt unternommen, gemäß den Instruktionen, die er am Dienstag erhalten hat. Er wiederholte Lord Curzon die Argumente, die in der früheren französischen Note enthalten waren, um die Einsetzung einer Division zu begründen. Er erklärte, daß die französische Regierung den Zusammentritt des Obersten Rates nicht unmöglich halte, solange die Verstärkungen nicht abgegangen sind. Lord Curzon hat von den Erklärungen Kenntnis genommen. In diplomatischen Kreisen hält man eine Einigung für möglich. Das englische Kabinett wird heute morgen eine Sitzung abhalten, um sich mit der Rede Lloyd Georges und mit dem letzten französischen Schritt zu befassen.

Die Zeitungen im Bezirk Düsseldorf unter Zensur.

Frankfurt, 28. Juli. (tu.) Der Oberdelegierte der neu-besetzten Gebiete, General Dewigne hat an den Oberbürgermeister in Düsseldorf einen Erlaß gerichtet, darnach müssen sämtliche Zeitungen im Bezirke Düsseldorf-Stadt vor der Veröffentlichung von Abhandlungen oder Nachrichten, die auf Schlesien Bezug haben, der Zensur unterbreitet werden.

Landarbeiterstreik in Mitteldeutschland.

Halle, 28. Juli. (tu.) Wie die Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland erfährt, ist bei der von linksradikaler Seite geführten Agitation damit zu rechnen, daß am kommenden Montag die Landarbeiter in Mitteldeutschland in den Streik treten werden. Wie gemeißelt wird, verlangen sie eine 10prozentige Lohnerhöhung. In radikalen Kreisen hofft man, auch nach dem Beginn des Landarbeiterstreiks die Bergarbeiter des Braunkohlentreviers Leipzig zur Arbeitsniederlegung veranlassen zu können.

Das geraubte Eisenbahnmateriel.

Katowik, 28. Juli. (tu.) Wie wiederholt berichtet, ist das von den Insurgenten geraubte Eisenbahnmateriel über die Grenze nach Sowjetrußland gebracht worden. Von den polnischen Stellen ist der Bescheid gegeben worden, daß das Materiel noch nicht herausgegeben werden könnte.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 28. Juli.

Gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten.

Mittwoch den 27. Juli abends 6,30 Uhr.

Anwesend waren sämtliche Mitglieder beider Kollegien mit Ausnahme des Herrn Stadtverordnetenvorstehers Oberlehrer Dienhsch.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Herr Bürgermeister Dr. Kronfeld den anstelle des Herrn Fräuhaus ins

Stadtverordnetenkollegium eingetretenen Herrn Uhrmachermeister Nicolaus und verpfllichtete ihn durch Handschlag. Der Bürgermeister gab alsdann Kenntnis von der Verpflichtung des Herrn Fräuhaus als Ratsmitglied und von der dadurch bedingten anderweitigen Zusammenlegung der Ausschüsse. Die Leitung des Elektrizitäts- und Wasserwerkes ist Herrn Stadtrat Behner, die des Armenausschusses Herrn Stadtrat Bombach übertragen worden. Gegen 4 Stimmen der Stadtverordneten und 1 beim Rate wurde beschlossen, Herrn Stadtrat Behner ab 1. Juli d. J. eine monatliche Entschädigung von 500 M zu gewähren. In die Ausschüsse, in denen Herr Fräuhaus bisher als Stadtverordneter tätig war, soll Herr Nicolaus einrücken, soweit gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen. Einstimmig traten die Stadtverordneten den Ratsbeschlüssen bei betr. Pachtung von Obstplantagen vom Straßen- und Wasserbauamt Resten, Ausbau der Gerichtsstraße mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge und Ausbesserung verschiedener Fußwege. Auf Antrag des Stadts. Schumann soll auch der linke Fußweg der Bismarckstraße oberhalb der Wielandstraße ausgebessert werden. Besonders langfristige Erwerbslose sollen nach Reichsverordnung eine einmalige besondere Beihilfe erhalten, die vom Reich mit 300, vom Land mit 200, vom Bezirksverband mit 75 und von der Stadt mit 25 M pro berechtigter Empfänger gedeckt werden soll. Für Wilsdruff kommen ungefähr 1000 M in Frage, die von beiden Kollegien einstimmig bewilligt werden. — Für die Baugesellschaft, die jetzt 3 Häuser baut, besteht die Möglichkeit, mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge noch ein viertes Haus in Angriff zu nehmen. Vorbedingung dazu ist jedoch, daß die Stadt von den Kosten ein Sechstel (ca. 50 000 M) übernimmt. Einstimmig wurde demgemäß beschlossen. Auf Wunsch des Herrn Stadtrat Bombach wurde die Wahl der städtischen Vertreter in den Wohlfahrtspflegeauschuss vorgenommen. Von den Stadtverordneten wurden die Herren Oberlehrer Dienhsch und Böhme gewählt, während vom Rate die Herren Bürgermeister Dr. Kronfeld und Stadtrat Bombach dem Ausschuss angehören.

Nun sollte in die Beratung des Haushaltsplanes eingetreten werden und die drüdennde Schwüle in der Natur legte sich ursprünglich auf die Verhandlungen im Saale. Herr Stadts. Schumann beantragte, die Beratung der Gemeindefeuerverordnungen vor der des Haushaltsplanes vorzunehmen, was gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt wurde. Herr Stadts. Sinemus stellte im Namen der Bürgerlichen den Antrag, 1. die Beratung des Haushaltsplanes zu vertagen und denselben zur Vorberatung den einzelnen Ausschüssen zu überweisen, und 2. auch die Gemeindefeuerverordnungen abzulehnen, bis der Landtag endgültig in der gleichen Sache beschlossen habe. In mehr als einstündiger Debatte plöheten deshalb die Meinungen in scharfer Weise aufeinander und trotz allem war von einer Reinigung der Luft nichts zu verspüren. Die Herren Schumann, Bombach und Schoke nannten es Romödie und Verschleppungstakt der Bürgerlichen, um sich möglichst von der Zahlung von Steuern zu brüden, während die Herren Sinemus und Lohnner erklärten, daß sie für die Einführung der Gemeindefeuersteuer absolut zu haben seien, daß sie aber den Beschluß des Landtages erst abgewartet wissen möchten. Herr Bial erklärte im Namen der hiesigen Landwirte, daß sie sich gegen ihre Heranziehung zu der Gemeindefeuer ganz energisch zur Wehr setzen würden, wie es anderwärts die Landwirtschaft bereits mit Erfolg getan habe. Herr Bürgermeister Dr. Kronfeld warnte vor einer Abwegung der Gemeindefeuer, da er sonst die Verantwortung für eine geordnete Steuerführung ablehnen müsse. Trotdem wurden schließlich die beiden Anträge gegen die 6 sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Mit der Ueberweisung der Verbesserung der Stauanlage für das Freibad an den Wirtschaftsausschuss war die Tagesordnung erschöpft.

Neuer Roman. Unsere Leser und Leserinnen machen wir auch hierdurch noch ganz besonders auf den spannenden Roman aufmerksam, der in der heutigen Nummer unseres Blattes seinen Anfang nimmt. Er wird den gleichen Beifall wie der letzte finden.

Der zugunsten der Oberschlesierhilfe am Sonntag in unserer Stadt veranstaltete Nummentag hat, wie Herr Bürgermeister Dr. Kronfeld in der Sitzung mitteilte, den erfreulichen Betrag von 1545,15 M eingebracht. Allen Spendern wird auch an dieser Stelle herzlich gebant.

Der heißeste Tag. Nach den Wettertelegrammen der Landeswetterwarte war der vergangene Dienstag der bisher in diesem Sommer heißeste Tag in Sachsen und hatte eine durchschnittliche Tagestemperatur, wie sie in unseren Breiten nur selten erreicht wird. Die 621 Meter hoch gelegene Erzgebirgsstadt Annaberg meldet 30 Grad Celsius, der Fichtelberg (1213 Meter) 26,5 Grad, Plauen 34,5 Grad, Chemnitz 34,7 Grad und Wahren, wo die tiefste Nachttemperatur 24 Grad betrug, brachte es sogar auf 35 Grad Celsius. In Berlin stieg das Quecksilber auf 34,2, das Tagesmittel am Dienstag war mit 26,7 Grad Celsius 8 Grad übernormal.

Die Wiederausfuhr eingeführter Geldbeträge. Wie bahamtlich mitgeteilt wird, können nach den geltenden Bestimmungen durch Deutschland reisende Personen die eingeführten Geldbeträge auf Grund vom Grenzübergangsgangamt ausgestellter Bescheinigung innerhalb vier Wochen in gleicher Währung oder Form, z. B. Schek, Wechsel und sonstige Anweisungen, wieder ausführen. Reisenden, die bei der Einreise verabfüumen, sich diese Bescheinigung ausstellen zu lassen, erwachsen Betreibungen und Nachteile, wenn sie die mitgebrachten Beträge bei der Ausreise ganz oder teilweise ausführen wollen.

Driefmarkenhandel der Post. Die jeweils gültigen Postwertzeichen werden von jetzt ab von der Markendertauschstelle beim Postamt in Berlin G. 2 vorrätig gehalten und verschickt. Die Bestellungen müssen schriftlich an die Verkaufsstelle gerichtet werden. Dabei ist anzugeben, ob die Zusendung als gewöhnlicher, als Einschreib- oder als Wertbrief und unter welcher Wertangabe gewünscht wird. Der Kostenbetrag kann eingeliefert oder durch Postschekkonto Berlin Nr. 14210 überwiesen werden, sonst wird Nachnahme erhoben. Außer dem Nennwert wird ein Aufgeld bei Bestellungen bis zu 10 Mark von 1 Mark erhoben, bis 20 Mark ein solches von 2 Mark, bis 50 Mark von 4 Mark, bis 100 Mark von 6 Mark, bis 200 Mark von 8 Mark, bis 500 Mark von 10 Mark, bis 1000 Mark von 20 Mark. Die Marken werden auch abgestempelt, was für jede Sendung 1 Mark kostet. Der Verkauf von geschlossenen Säben wird besonders bekanntgegeben.

Grüna. Unter Vergütungserhebungen nach dem Genueh von verstorbenen Fischen (geräucherter Makrelen) sind vor kurzem hier 29 Personen schwer erkrankt. Der Gemeindevorstand gibt dazu folgende Aufklärung: Von den infolge des Genuehens von geräucherter Makrelen in der Gemeinde aufgetretenen Erkrankungen sind 29 Fälle zur Meldung gekommen. Leider ist auch ein Todesfall zu verzeichnen. Ein 10jähriger Knabe ist an den Folgen der Vergiftung verstorben. Die Makrelen sind von dem Händler am 13. Juli vormittags in der Markthalle in Chemnitz gekauft und am gleichen Tage durch Hausierhandel wieder verkauft worden. Der Chemnitzer

Händler hat die Fische am 12. Juli von einer Firma in Altona geliefert erhalten.

— **Schneeberg.** Angeblich aus getränktem Ehrgefühl hat der Gastwirt Willy Wendel, hier, Selbstmord verübt. Wendel war seit 25 Jahren Sozialdemokrat und gehörte als solcher dem Stadtverordneten-Kollegium an. Als einer seiner Parteigenossen in seiner Gastwirtschaft Bier forderte, das ihm Wendel unter Hinweis auf alte Schulden nicht verabreichte, würgte ihn der rabiate Gast so, daß dem Wirt das Blut aus Mund und Nase floß. Die übrigen Gäste kamen dem Bedrängten nicht zu Hilfe. Wendel scheint sich über die ihm von seinen eigenen Parteigenossen widerfahrne Schmach sehr erregt zu haben. Er ging in die Küche und erschloß sich.

— **Delitzsch i. E.** Töblich verunglückte am Sonnabend auf einem hiesigen Eisfabrikwerke der 36 Jahre alte, seit einigen Wochen verheiratete Häuer Emil Reuter von hier. Durch herabstürzende Kohle wurde ihm ein Holzstamm mit solcher Wucht in den Nacken geschleudert, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

— **Gajzdowiz.** Am Mittwoch nachmittag stand ein zum Rittergut Gajzdowiz zugehöriges Arbeiterwohnhaus in helle Flammen. Durch das schnelle Eingreifen der freiwilligen Ortsfeuerwehr und der Feuerwehren der umliegenden Ortschaften konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden. Das zweistöckige Gebäude brannte total aus; der Schaden ist ziemlich beträchtlich für die Bewohner.

— **Leipzig.** In vielen Orten der Amtshauptmannschaft Leipzig sind die landwirtschaftlichen Arbeiter infolge Ablehnung sehr erheblicher Forderungen in bezug auf Lohn- und Deputatenerhöhungen seitens der Arbeitgeber plötzlich in den **Ausstand** getreten. Sie verweigerten teilweise sogar das Herbeiführen des Futters für das Vieh.

— **Leipzig.** Der Vereinigte zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den am 16. März 1889 in Ellwangen geborenen, bisherigen Hauptmann Franz Joseph Ritsch wegen versuchten Landesverrats zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust. Außerdem wurde auf Ausstoßung aus dem Heere erkannt. Die Verhandlung fand unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit statt; auch in der Urteilsbegründung wurde nichts über den Sachverhalt mitgeteilt.

— **Leipzig.** Durch Beamte der Sittenpolizei wurde in einem Hotelzimmer ein junges Mädchen angetroffen, dessen Papiere nicht in Ordnung waren. Es sollte nach der Polizei gebracht werden. Während die Beamten vor der Tür warteten, hatte es eine Gardinenschür an Fenster befestigt, an der es sich aus dem zweiten Stock in den Hof hinablassen wollte. Es

gelang ihm aber nicht, sich an der schwachen, glatten Schnur festzuhalten, diese ist ihm vielmehr durch die Hände geschlitten und hat ihm so tiefe Schnittwunden verursacht, daß es die Schnur vor Schmerz loslassen mußte und rücklings in den Hof hinabstürzte. In den erlittenen Verletzungen ist das Mädchen kurz darauf gestorben.

— **Joachimsthal.** Durch eine elektrische Station, die Anfang September d. J. fertiggestellt sein soll, will man die Radiumgewinnung so fördern, daß mit Anfang 1922 mit einer Steigerung der Radiumgewinnung gerechnet werden kann. Von dem Gedanken, die Radiumpräparate an das Ausland zu verkaufen, ist man abgekommen; es hat sich vielmehr eine englisch-tschechische Gesellschaft gebildet, die die Radiumpräparate ans Ausland verleihen will. Da bekanntlich in ganz Europa hauptsächlich nur in Deutsch-Böhmen Radium gewonnen wird, werden dem Staate hierdurch recht beträchtliche Beträge zufließen. Nach dem heutigen Kurs kostet ein Gramm Radium 10 Millionen tschechische Kronen.

Zur Regierungskrise

erfährt die „Säch.-Böhm. Korresp.“ von unterrichteter Seite, daß die Mehrheitssozialisten am Donnerstag eine Fraktions-sitzung abhalten werden, in der sie sich mit der Ablehnung der Grund- und Gewerbesteuer befassen werden. Von dem Ergebnis dieser Sitzung wird es abhängen, ob die Versuche, zu einer Einigung zu kommen, wieder aufgenommen werden.

Eine durch W. S. L. verbreitete offiziöse Mitteilung be- sagt: Bekanntlich hatte der Sonderausschuß des Landtages die Regierungsvorlagen über die Grund- und Gewerbesteuer abgelehnt, und zwar mit Stimmenmehrheit der bürgerlichen Parteien und der Kommunisten. Wie wir hören, wird die Regierung, die Mittwoch in einem Ministerrat die Sachlage erörtert hat, bei der Schlussberatung im Landtage zur Ablehnung dieser Steuervorlagen Stellung nehmen. Sie stehen auf der Tagesordnung der ersten Vollsession des Landtages nach den Ferien am Freitag, den 29. d. M.

Ueber den am gestrigen Mittwoch abgehaltenen Ministerrat erfährt eine Dresdner Korrespondenz folgendes: Der Ministerrat dauerte mehrere Stunden an, ohne einen bündigen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu zeigen. Ministerpräsident Bud hatte eigens seinen Urlaub unterbrochen, der offiziell bis Ende dieses Monats währt, um sich an den Beratungen zu beteiligen. Die Regierung mußte sich überzeugen, daß sie dank der geringen Verhandlungstechnik des Finanzministers Helldt in eine bedenkliche Krise geraten ist. Wäre der Finanzminister nur um ein Geringes weniger hartnäckig gegen das Zustandekommen

einer gütlichen Einigung durch gegenseitigen Ausgleich aufgetreten, so wäre es bei der grundsätzlichen Geneigtheit aller bürgerlichen Parteien leicht zu erzielen gewesen. Ueber die Frage des Rücktritts der Regierung und der Herbeiführung von Landtagsneuwahlen wurde noch kein Beschluß gefaßt. Als greifbares Ergebnis kam folgendes heraus: Werden die Steuer-gesetze am kommenden Freitag auch in der Vollsession des Landtages abgelehnt, dann will der Ministerpräsident Bud, wie verlautet, eine Regierungserklärung dahin abgeben, daß die Regierung angesichts der Verweigerung der Gewerbe- und Grundsteuer nicht in der Lage sei, die beiden anderen zur Entscheidung stehenden Vorlagen durchzuführen, nämlich die Beamtenbesol-dungsreform und die Übernahme der persönlichen Einkommen-steuern auf den Staat. Die Regierung will also auf dem Rücken der Gemeinden und der Beamten den Konflikt mit der Landtags-mehrheit ausfechten. — Wie wir weiter hören, werden am Donnerstag nicht nur die Mehrheitssozialisten, sondern auch die Unabhängigen eine Fraktions-sitzung abhalten, in der sie die Entscheidung über ihr weiteres Verhalten und Vorgehen treffen werden. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialdemo-kraten und Bürgerlichen waren nicht mehr übermäßig groß. Nach Mitteilung des mehrheitssozialistischen Abgeordneten Betsche hatten sich die Sozialisten mit der bürgerlichen Forde-rung einverstanden erklärt, daß bei der Grundsteuer der Staat nur 50 Prozent, die Gemeinden bis zu 150 Prozent erheben sollten. Bei der Gewerbesteuer gaben die Sozialisten die Be-steuerung der Konsumvereine und Genossenschaften zu, auch mit der Freilassung des sogenannten Unternehmergebühls in Höhe bis zu 24 000 M. erklärte man sich einverstanden. Nur die Frei-lassung der Betriebsanlage von der Gewerbesteuer wollten die Sozialisten nicht zugestehen. Vielleicht wäre aber auch hierüber eine Verständigung erzielt worden, wenn nicht Finanzminister Helldt diese Besteuerung als ein Fundament der ganzen Vor-lage bezeichnet hätte, auf das er nicht verzichten könne. Die Kommunisten lehnten die Gewerbesteuer ab, ohne in der Aus-sprache auch nur ein einziges Mal das Wort zu ergreifen und ohne die geringste Begründung ihrer ablehnenden Haltung.

Von anderer Seite wird berichtet, daß es der Regierung sehr nahestehende Kreise gibt, die der Ansicht sind, die Krisis dadurch zu beseitigen, daß Finanzminister Helldt durch eine andere Persönlichkeit ersetzt wird, welche bereit und in der Lage wäre, die Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen ent-sprechende Änderungen der Vorlagen zu gewinnen. Die bisher inoffiziell betriebenen Bemühungen der beiden Regierungspar-teien, die Kommunisten zu einer anderen Haltung zu bewegen, scheinen bisher noch keinen Erfolg erzielt zu haben und dürften auch kaum Aussicht auf Erfolg haben.

Die schönen Tage des Schützenfestes sind ver-rauscht. Jung und alt, groß und klein nahm freudigen Anteil daran und stempelte es zum Volksfeste im wahren Sinne des Wortes. Man schmückte die Häuser mit Kränzen und grünen Gewinden und Fahnen wehten überall zum Willkommen. Als Schützenkönig sind mir weiter viele ehrende Aufmerksamkeiten und Beweise des Wohlwollens zuteil geworden, für die ich hiermit meinen

ganz besonderen Dank

zum Ausdruck bringe. Gleichzeitig danke ich auch im Namen meiner Mutter und meiner Schwester für die ihnen erwiesene Liebe.

Wilsdruff, am 27. Juli 1921.

Buchdruckereibesitzer Arthur Zschunke.

Unser Einzug als Majestäten der Schützengesell-schaft wurde durch die ganz außerordentlich große Teilnahme aller Kreise der Einwohnerschaft, durch die prächtige Illumination der Häuser und das Feuerwerk zu einem Glanzpunkt des Schützenfestes, bei dem die große Liebe zu diesem echten Volks- und Heimatfeste ganz gewaltig und überzeugend zum Ausdruck kam. Möge es auch in Zukunft so bleiben und uns alle einen in der Liebe zu alten Sitten und Gebräuchen und zu unserer Vaterstadt Wilsdruff. Für alle Zeichen der Liebe und Anteilnahme sagen wir hierdurch unsern

innigsten, herzlichsten Dank.

Wilsdruff, am 27. Juli 1921.

Dr. Curt Bretschneider und Frau.

Zahle 100 Mark Belohnung

demjenigen, der mir meinen deutschen Schäferhund, welcher am Sonntag den 24. Juli vorm. zwischen 10—11 Uhr aus meinem Grundstück weggenommen ist, herbeibringt. Der Hund ist 2/3 Jahr alt, hört auf den Namen Senta. Haupt-erkennungszeichen: trägt die Kette etwas spiralförmig nach der Seite.

Hübel, Gasthof Niederwartha.

Erstl. Zement-Doppelsalzziegel m. Kopsverschluß
15 Stk. pro qm., in rot, schwarz u. div. Farben (beste ab-gelagerte Ware) liefert bei günstiger Preislage ab Werk
Rob. Bannack, Brodowig bei Coswig,
Dachmaterialienhandlung.
Generalvertreter der Vajziger Dampfziegelwerke.

Doppeltes Geld

erhalten Sie am 28. September 1921 für
Einzahlungen, welche bis 2 August erfolgen.
Für 500 Mark 975 Mark, für 5000 Mark 9750 Mark,
für 20000 Mark 39000 Mark.

Sportverlag „Form und Klasse“
Bankabteilung **H. P. Sundorf**, Berlin C 54.
Eins- und Auszahlungen für Wilsdruff u. Um-g.
bei **Arthur Fuhs, Wilsdruff, Markt 8.**

Möbliert. Zimmer
für 1. August, evtl. später, für
jungen Kaufmann gesucht.
Biete Nachweise erbeten an
Rich. Eckert, Parkstraße.

40 Stück
Strohseile
für sofort gesucht.
Paul Nießig,
Tharandter Str.

Plötzlich und unerwartet verschied heute früh 7 Uhr im 72. Lebens-jahre meine teure Gattin, unsere herzlichgeliebte Mutter und Großmutter

Frau Wilhelmine Ida Stange

geb. Ziegler.

Wilsdruff, den 28. Juli 1921.

In tiefstem Schmerze

Benjamin Stange
Camilla verw. Voeffel geb. Stange
Reinhilde Voeffel.

Die Beerdigung findet Sonntag den 31. Juli vom Trauerhause aus statt.

**Sommerjoppen und
Hosen, Schlofferanzüge,
Ba. Stoff- und Feldgrane
Hosen, gut. Stoffjoppen,
Arbeitsjoppen**

äußerst billig bei
Frigida Dresden-Löbt.
Gumbacher Straße 20 p.
Privatgeschäft.

N. B. Der immer größer
werdende Kundenkreis beweist
die Verkaufsfähigkeit meines
Unternehmens.

15—16jähriges
Mädchen
für 1/2-jähriges Kind und
leichte Hausarbeit gesucht.
Kuhn, Sampersdorf.

Kurt Siering, Potschappel

Tharandter Strasse Nr. 25
Rosschlächterei, Speisewirtschaft u. Pferdegeschäft
Fernsprecher Amt Deuben Nr. 2151
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

Oswald Mensch Nachf.

Inh.: Emil Mensch
Rosschlächterei, Pferdegeschäft u. Speisewirtschaft
Potschappel, Turnerstrasse 10
Fernsprecher Amt Deuben 735
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.